

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Klaus Barthel:
Linke Volkspartei SPD



Beat Ringger: Kapitalismuskritik als Anmaßung



H. Reiners/M. Wendl:
Krankenhausökonomie

Richard Detje/Otto König:
IG Metall-Tarifrunde 2013

**Forum
Gewerkschaften**

Ch. Lieber: »Eichmann denkt nicht« (H. Arendt)



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Sozialismus u.a. im Internet

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Heftarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbare Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Netz-Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Heft Nr. 2 | Februar 2013 | 40. Jahrgang | Heft Nr. 372

Politisch-technologische (Un-)Möglichkeiten

Wolfgang Neef
Pleiten, Pech und Pannen
Technische »Großprojekte« im neoliberal radikalisierten Kapitalismus 2

Joachim Bischoff/Björn Radke
»System Merkel«: ein politischer Mythos?
Konstellationen vor der Bundestagswahl und die Probleme der Linken 9

Klaus Barthel
Erfolgsrezept einer linken Volkspartei:
Programm und Inhalt 16

Systemüberwindung und ihre Akteure

Beat Ringger
Maßen wir uns an,
den Kapitalismus zu überwinden 22

Lothar Peter
Weder Prophet noch Experte
Vom »totalen Intellektuellen zum engagierten »Intellektuellen von unten« 30

Christina Ujma
Linke Aussichten?
Italien vor der Parlamentswahl 35

Die »Grande Nation« und ihre Zugewanderten

Bernhard Sander
Die Lage der MigrantInnen in Frankreich 37

Peter Behnen
Kritische Analyse & systemkritische Alternativen. Lösungsvorschläge der Linken
zu Finanzmarktkapitalismus, Banken- und Eurokrise 44

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Über Verteilungspolitik hinaus
Die Tarifrunde 2013 ist eröffnet 49

Michael Wendt: Kapitalistische Krankenhäuser als Innovation? 52

Hartmut Reiners: Ökonomisierung des Gesundheitswesens
= Privatisierung = Heuschreckeninvasion? 58

Impressum | Film | Veranstaltungen

Impressum 61

Christoph Lieber
»Eichmann denkt nicht« (H. Arendt). Margarete von Trotta's Film reproduziert
ein überholtes NS-Täterbild – ein Verbesserungsvorschlag in vier Szenen 62

Veranstaltungen & Tipps 65

Maßen wir uns an, den Kapitalismus zu überwinden

von | Beat Ringger

Sozialismus als Anmaßung

Der neoliberale Übervater Friedrich A. Hayek (1899-1992) schrieb 1988 ein Buch mit dem Titel »Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus«. Laut Hayek führt der Sozialismus ins Verderben, weil sich die Sozialistinnen und Sozialisten anmaßen, klüger zu sein als die Systemintelligenz der freien Marktwirtschaft.

Angesichts der akuten Krise des Kapitalismus wäre es ein Leichtes, Hayeks Argumente zu übergehen. Wir sollten es uns damit allerdings nicht zu leicht machen. Tatsächlich sollte gerade auch aus linker Sicht die Überwindung des Kapitalismus als Anmaßung verstanden werden. Denn wenn es eine Lehre aus den Wirrungen und Schrecken des 20. Jahrhunderts gibt, dann diese: Eine dem Kapitalismus überlegene Gesellschaft ist auf Knopfdruck nicht zu haben. Weder für die Überwindung des Kapitalismus noch für die Ausgestaltung nachkapitalistischer Gesellschaften gibt es simple Rezepte oder historische Automatismen. Die Suche nach zukunftsfähigen gesellschaftlichen Ent-

wicklungspfaden ist vielmehr ein offener Prozess und sein Gelingen keineswegs gesichert.

Das zentrale Bestimmungsmoment einer Alternative zum Kapitalismus besteht gerade darin, dass die breite Masse der Menschen tatsächlich und andauernd die gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet. Keine noch so kluge Elite kann im Voraus wissen, wie diese Gestaltungsprozesse verlaufen. Ohne diese Ungewissheit gäbe es auch keine Offenheit der Prozesse, würde eine umfassende Demokratie zum reinen Nachvollzug dessen, was die Wissenden schon im Voraus wussten. Keine noch so kluge Partei wird verhindern können, dass in demokratischen Prozessen »Fehl«entscheide gefällt werden – es sei denn um den Preis ihrer Diktatur. Doch eine solche Diktatur der Wissenden ist nicht zu haben, ohne dass sich neue elitäre Interessen herausbilden. Das Wissen der Besserwissenden würde innerhalb kürzester Zeit zur Ideologie dieser neuen Eliten degenerieren. Was aber die Herrschaft von Staatsbürokratien und Parteiapparaten mit sich bringt, das hat das 20. Jahrhundert zur Genüge vorgeführt. Die Ergebnisse sind bestenfalls zwiespältig wie in Kuba, schlimms-



Karikatur: Economist

tenfalls mörderisch wie in der Sowjetunion unter Stalin oder in Kambodscha unter Pol Pot. Die Pluralität der politischen Prozesse ist eine unerlässliche Bedingung dafür, dass die Masse der Menschen dauerhaft zum bestimmenden Moment der Geschichte wird. Diese Pluralität wird auch jene einschließen müssen, die für eine Rückkehr zur alten Ordnung eintreten. Würde dies verboten, dann würde es in den Ritzen des Erlaubten trotzdem Ausdruck finden – solange halt, wie eine Rückkehr zum Kapitalismus für Teile der Gesellschaft attraktiv erscheint.

Der Kapitalismus – ein brennendes Haus

Hayek bezeichnet den Sozialismus also zu Recht als eine Anmaßung, und auch das Attribut »verhängnisvoll« lässt sich nicht schlüssig zurückweisen. Allerdings, und hier beginnen die Differenzen mit Hayek, ist ein weiteres Festhalten am Kapitalismus mindestens ebenso verhängnisvoll – mit dem Unterschied, dass diesmal Gewissheit über das Verhängnis besteht. Dazu passt eine Parabel, die, wenn ich mich recht entsinne, aus der buddhistischen Tradition stammt. Ein Mann sieht Rauch aus einem Haus aufsteigen und erste Flammen aus einem Fenster schlagen. Er hört Stimmen aus dem Haus und rennt zum Eingang, um die BewohnerInnen vor der Gefahr zu warnen. Diese hören ihm höflich zu, nur um ihn dann mit Fragen zu überhäufen: Ob es denn außerhalb des Hauses wirklich besser sei, ob er garantieren könne, dass andere Häuser nicht auch brennen könnten, und so weiter. Schließlich ziehen es die BewohnerInnen vor, im Haus zu bleiben, weil ihnen nicht zugesichert werden kann, dass in der Außenwelt keine Gefahren lauern.

Ähnlich verhält es sich mit dem Kapitalismus und seinen »BewohnerInnen«. Eric Hobsbawm (1917-2012) bezeichnete die drei Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Goldenes Zeitalter des Kapitalismus – golden zumindest für einige hundert Millionen BewohnerInnen der industrialisierten Länder. Doch diese Periode mit rasch wachsendem materiellem Wohlstand und relativer Stabilität ist zu Ende. Erneut spitzen sich Widersprüche in einer Weise zu, die an die Zeiten vor und während der beiden Weltkriege erinnern. Dazu kommen Störungen und Zerstörungen der Ökosysteme in einem historischen erstmaligen Ausmaß. Nur wenn wir es schaffen, das Haus rechtzeitig zu verlassen, können wir eine erneute Welle von katastrophalen Krisen und Kriegen verhindern. Und nur, wenn uns klar ist, dass wir historisches Neuland betreten, sind wir wach genug, um Anzeichen des Scheiterns zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Maßen wir uns an, den Kapitalismus zu überwinden, und seien wir uns dieser Anmaßung bewusst.

Man mag das hier skizzierte Bild zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus für übertrieben halten. Tatsächlich haben ExponentInnen der radikalen Linken in den letzten 40 Jahren immer wieder solche Bilder an die Wand gemalt. Die großen Zusammenbrüche blieben jedoch aus. Viele (wenn nicht alle) linken AnalytikerInnen unterschätzten die Fähigkeit der Eliten, ein

herrschaftssicherndes Krisenmanagement zu entwickeln. Nach der schockartigen Erfahrung der globalen Wirtschaftskrise von 1974/75 ist es den global vernetzten bürgerlichen Eliten mit einigem Geschick gelungen, weitere Krisen zu fragmentieren und auf periphere Regionen zu beschränken – bis 2007 mit Erfolg. Doch nun scheinen die Puffer zunehmend aufgebraucht, die für dieses Krisenmanagement verfügbar sind.

Die Gründe der Krise sind denn auch grundsätzlicher Natur. Die real existierenden Produktionsverfahren nähern sich schrittweise einer nicht mehr steigerbaren Produktivität an. Man kann folglich immer weniger in noch rationellere Verfahren (Maschinen, EDV-Steuerungen, Roboter etc.) investieren, sondern »nur« noch in neue Produkte. Diese Produkte werden ihrerseits von Anfang an auf höchstmöglichem Produktivitätsniveau hergestellt. Deshalb werden die Räume für kapitalmehrende Investitionen insgesamt kleiner.

Entsprechend sinkt die Investitionsrate – das ist der Anteil der Investitionen in reale wirtschaftliche Prozesse (Maschinen, Steuerungen, EDV, Bildung etc.) am BIP – seit rund 40 Jahren ab. Sämtliche offiziellen statistischen Zahlen der

UNO, der OECD usw. belegen dies. Die kapitalistische Konkurrenzfiguration macht dieses Absinken zu einem brandgefährlichen Trend. Die Konkurrenz kann immer weniger über Rationalisierungen ausgetragen werden. Sie verlagert sich auf das Feld einer verschärften Ausbeutung der Lohnabhängigen und auf Raubzüge auf weitere, noch nicht dem Kapital unterworfenen Ressourcen (z.B. öffentliche Güter wie Trinkwasser etc.). Damit erklärt sich auch die nicht enden wollende Virulenz des neoliberalen Programms der Privatisierungen und Deregulierungen, der Angriffe auf Löhne, Arbeitsrhythmen und Sozialleistungen.

Care statt Crash

Die stark gestiegene Produktivität in der Güterfertigung und in der Erbringung von Sachdienstleistungen ist ein Segen. Sie erlaubt uns, Arbeitszeiten zu senken und immer mehr Ressourcen in personenbezogene Dienste zu lenken wie z.B. in die Pflege, die Kinderbetreuung, die Gesundheitsversorgung, in Bildung und Kultur. Doch im Kapitalismus wird dieser Segen gleichzeitig zum Fluch. Das Problem besteht darin, dass sich die personenbezogenen Dienste für die Kapitalverwertung als sperrig erweisen. Betreuungs- und Bildungsarbeit lassen sich – wenn überhaupt

Beat Ringger, geboren 1955 in Bern, arbeitet als Zentralsekretär der Schweizer Gewerkschaft der öffentlichen Dienste vpod sowie als geschäftsleitender Sekretär des sozialkritischen Thinktanks »Denknetz« (www.denknetz-online.ch). Die in diesem Beitrag entwickelten Argumente werden im seinem Buch »Maßt Euch an!« Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot 2011, detailliert ausgeführt. Die Kapitel des Buches: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion / Umweltschutz und Kapitalismus / Stalinismus / Gesellschaftliche Transformation und partizipative Demokratie in Venezuela / Die demokratische Bedarfswirtschaft / Der konstruktive Imperativ und das Problem der revolutionären Avantgarde / Wie wirken Ideologien? Die Macht der Denkfiguren / Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus / Die Arbeitszeitverkürzung ist tot – es lebe die Arbeitszeitverkürzung / Die Demokratie und das Gesetz der optimalen Komplexität / Humanismus.

– nur sehr beschränkt rationalisieren. Man kann, wie die feministische Ökonomin Mascha Madörin es einmal treffend ausgedrückt hat, zwar ein Auto in kürzerer Zeit produzieren, aber man kann ein Kind nicht schneller erziehen. Deshalb ist es mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, personenbezogene Dienste kapitalkonform zu strukturieren. Und wenn es teilweise doch gelingt (z.B. mit Privatschulen und privaten Kliniken), dann auf dem Hintergrund verschlechterter öffentlicher Dienste. Bürgerliche Ökonomen bezeichnen diese Problematik mit dem Begriff der divergierenden Produktivitäten. Sie weigern sich in der Regel allerdings, das Problem zu Ende zu denken – wenn sie sich überhaupt auf die Thematik einlassen. Die meisten Mainstream-Ökonomen ziehen es vor, sie zu ignorieren.

Nun könnte ja der Kapitalismus auf neue Märkte ausweichen – die ungedeckten materiellen Bedürfnisse von Milliarden von Menschen versprechen die nötigen Absatzmärkte, und der ökologische Umbau steht seit langem auf der Agenda. Das wird natürlich auch versucht. Doch die Dynamik, die dabei ausgelöst werden kann, ist unzureichend. Sie kann die Effekte der divergierenden Produktivitäten nicht kompensieren. Erschwerend kommt dazu, dass die scharfe Konkurrenz auf den Weltmärkten die Nachfrage limitiert. Die Lohnmasse der Millionen von indischen und chinesischen Lohnabhängigen steigt viel zu langsam an, um die nötige Nachfrage zu generieren. Der ökologische Umbau wiederum macht Staatseingriffe erforderlich, für die die nötigen Mittel bereitzustellen wären. Doch der neoliberale Steuerwettbewerb verhindert dies.

Es ist deshalb gerechtfertigt, von einer historischen Krise des Kapitalismus zu sprechen. Der Weg aus dieser Krise lässt sich mit systemimmanenten, »marktwirtschaftlichen« Mitteln nicht erreichen. Für eine Überwindung der Krise bräuchte es beispielsweise eine international koordinierte, deutliche Erhöhung der Staatsquoten zugunsten der Care-Bereiche, der Bildung, der Kultur, des ökologischen Umbaus. Doch in eine solche Stärkung der öffentlichen Dienste werden die kapitalistischen Eliten nicht einwilligen, ebenso wenig wie in die nötige Stärkung der Kaufkraft der globalen Bevölkerung oder in einen ökologischen Umbau, der diesen Namen verdient.

Alles viel zu komplex?

Das Ziel muss also lauten, die Ökonomie grundlegend umzugestalten in Richtung einer Bedarfswirtschaft, in der ökonomische Entscheide demokratisch legitimiert und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Doch lassen sich komplexe moderne Ökonomien überhaupt demokratisch gestalten? Hayek verneint dies. Die moderne Marktwirtschaft ist derart stark vernetzt, die gegenseitigen Abhängigkeiten sind so ausgeprägt, dass ihre bewusste, demokratische Gestaltung vollkommen unmöglich ist. Die Entwicklung einer so hochgradig komplexen Ökonomie ist ja gerade nur deshalb möglich geworden, weil in ihr eine neue Form einer systemischen gesellschaftlichen Intelligenz (Hayek nennt sie »erweiterte Ordnung«) zum Durchbruch

gelangt ist: Die Selbstregulation der Märkte. Die Mechanismen der Preisbildung auf freien Märkten ermöglicht eine optimale Verteilung der Ressourcen: Die Gelder gehen immer dahin, wo die größte Nachfrage besteht (was mit dem größtmöglichen Nutzen gleichgestellt wird). Gleichzeitig fördert das System Innovationen. Diese Selbstregulation ist laut Hayek dem Vermögen des menschlichen Bewusstseins weit überlegen. Jeder Versuch, sie zu toppen, führt unweigerlich ins Verderben. Die neuen sozialistischen Eliten müssten dann nämlich ihre inferiore Planwirtschaft der erweiterten Ordnung aufstülpen, was nur in einer despotischen Diktatur zu erreichen ist.

»In der kapitalistischen Wirtschaft »verschwindet« das Eigentliche, das Stoffliche der Welt hinter dem Schleier des Monetären.«

Die Eigenheiten und Grenzen einer bürokratischen Planwirtschaft scheinen Hayek Recht zu geben; diese Form der Alternative zum Kapitalismus ist historisch erledigt. Wie aber sieht es mit anderen alter-

nativen Entwürfen aus? Und vor allem: Wie gut passen denn die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten mit der gewachsenen Komplexität zusammen?

Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, dass der Kapitalismus alles ist – nur nicht eine Form optimaler gesellschaftlicher Selbststeuerung. Vielmehr haben wir es mit einer verhängnisvollen Kombination von unter- und überkomplexen Mechanismen zu tun. Das kapitalistische Grundmotiv ist an Einfachheit kaum zu überbieten: Mach aus Geld mehr Geld, indem du es gewinnbringend investierst. Gemessen an den realen Komplexitäten der stofflichen Welt ist diese Formel massiv unterkomplex. Sie vermag es nicht, Verhältnisse und Abhängigkeiten abzubilden, die zwingend berücksichtigt werden müssen – etwa die Begrenztheit der Lebensräume und der natürlichen Ressourcen. Sie setzt sich vielmehr über solche Anforderungen mit blinder Ignoranz hinweg. Weil sie auf dem Prinzip der konkurrierenden Kapitalien beruht, tut sie dies in unerbittlicher Weise: Diejenigen Kapitaleigner, die rücksichtslos soviel Profit wie möglich erzielen wollen, zwingen alle anderen zu ähnlich ignorantem Verhalten. Die Konkurrenz wird denn auch immer wieder als Killerargument aufgeführt, um zu begründen, warum einzelne Unternehmen und einzelne Wirtschaftsstandorte es sich nicht leisten können, genügend Mittel für ökologische und soziale Ziele aufzubringen.

Kapitalistische Verschwendung

Das Aufeinanderprallen der unterkomplexen kapitalistischen Verwertungsformel mit einer weitaus komplexeren stofflichen Welt erzeugt Verwerfungen, die in kompensatorischer Weise zu Überkomplexitäten führen. Ich erläutere dies am Beispiel des Gesundheitswesens, weil sich dieses für unsere Betrachtungen besonders gut eignet. Denn wir können in der Praxis zwei Formen – die staatlich regulierte und die marktkonforme – beobachten und vergleichen.

Am einfachsten lässt sich die Gesundheitsversorgung in einem rein staatlichen System steuern (England, Dänemark, Finnland). Ebenfalls noch relativ einfach steuerbar sind Systeme, die auf einer Kombination von hoch regulierten Versicherungen und

staatlichen Instanzen beruhen. Die meisten entwickelten Länder orientieren sich deshalb (mit Abweichungen) an solchen Mustern. Nicht so die USA. Hier wird die Gesundheitsversorgung seit rund 40 Jahren so stark wie möglich auf die Kapitalverwertung ausgerichtet. Die Ergebnisse sind vernichtend. 46 Millionen Menschen stehen in den USA ohne Versicherungsschutz da, darunter sehr viele chronisch Kranke. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 2009 in den USA 78,2 Jahre, im Schnitt der OECD-Länder 79,5 Jahre, in der Schweiz 82,3 Jahre. Die Kosten des US-Gesundheitswesens sind überaus hoch. Sie beliefen sich im Jahr 2010 auf 17,6% des BIP. Das Land mit dem zweithöchsten BIP-Anteil war Holland mit 12%, der Schnitt der OECD-Länder lag bei 9,7%. Die USA bewegen sich also um 5,6% über dem zweitwertesten Land und um 7,9% über dem OECD-Schnitt. 5,6% des US-BIP, das sind 846 Mrd. Dollar, 7,9% entsprechen 1.193 Mio. Dollar – eine ungeheuerliche jährliche Verschwendung.

Für diese Mehrkosten ist zu etwa 60% die heillose Komplexität verantwortlich, die von den AkteurInnen im US-Gesundheitswesen bewältigt werden muss und die in den exorbitant hohen administrativen Kosten zum Ausdruck kommt. Diese beliefen sich pro Kopf der Bevölkerung in den USA auf 2.685 Dollar (2011). Das sind 3,3 mal mehr als im benachbarten Kanada (809 Dollar, vgl. Woolhandler/Himmelstein/Campbell, NEJM 2003, updated). Der Betrag bewegt sich in der gleichen Größenordnung wie das, was etwa in Japan für die gesamte Gesundheitsversorgung pro Jahr und Kopf ausgegeben wird (2009: 2.878 Dollar). Diese administrativen Kosten sind deshalb so exorbitant hoch, weil weder die Preise noch die Versicherungsdeckungen einheitlich ausgestaltet sind, sondern über die Märkte erfolgen. In den USA gibt es Hunderte verschiedener Versicherungspolice, die sich nicht nur im Bezug auf Behandlungsmodelle, sondern auch im Umfang der von der Versicherung gedeckten medizinischen Leistungen unterscheiden. Die Preise sind nicht (wie in allen anderen Ländern üblich) einheitlich geregelt. Der administrative Aufwand, um diese Vielzahl von Versicherungsformen, Verträgen und Preisen zu verwalten, ist riesig.¹

Demokratische Bedarfsgesellschaft

Wenn es nun darum geht, die Konturen einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise zu skizzieren, dann sollten wir bedenken, dass es keineswegs so klar ist, was der Ökonomie zuzurechnen ist und was nicht. Es ist eine Eigenheit des Kapitalismus (und nicht der Gesellschaften als solcher), die Wirtschaft aus dem Gesellschaftlichen auszusondern. Wenn wir uns die stoffliche Seite dessen genauer anschauen, was gemeinhin als Wirtschaft bezeichnet wird, wird das Gesagte sofort deutlich. So verschiedene Bereiche wie der Bau von Häusern, die Pflege von Kranken, die Programmierung von Software, das Züchten von Melonen oder das Betreiben von Transportsystemen werden unterschieds-

los der Wirtschaft zugerechnet. Das hat im Kapitalismus seine Berechtigung, sollen doch möglichst viele gesellschaftliche Bereiche der Kapitalverwertung zugänglich gemacht werden. In der kapitalistischen Wirtschaft »verschwindet« deshalb das Eigentliche, das Stoffliche der Welt hinter dem Schleier des Monetären, dominiert und domestiziert von der Profitorientierung. Wird von dieser kapitalistisch-ökonomischen Klammer jedoch abstrahiert, dann bleiben gesellschaftliche Bereiche, die in ihrer inneren, stofflichen Beschaffenheit unterschiedlicher nicht sein könnten. Entsprechend ist es auch ein grober Irrtum, von einer einheitlichen Steuerung des Ökonomischen in einer postkapitalistischen Welt auszugehen –

etwa das Kapitalprinzip einfach durch das Planprinzip ersetzen zu wollen. Postkapitalistisches Wirtschaften heißt vielmehr zunächst und in erster Linie, die verschiedenen Bereiche wieder ihren Eigenheiten zuzuführen.

Heutige Software-Giganten wie Microsoft beziehen ihre Macht aus den Monopolstellungen, die sie dank ihrer pro-

rietären Software erzielen. Würde man sie zwingen, die Programm- und Dokumentstruktur ihrer Software offenzulegen und künftig nur noch offene Standards zu verwenden, dann wäre es mit ihrer Monopolmacht von einem Tag auf den anderen vorbei. Die Entwicklung von Computersoftware könnte sich dann auf die kooperierende Community der SoftwareherstellerInnen stützen, wie sie sich in der Open-Software-Szene etabliert hat. Diese Community weist eine verblüffende Nähe zur Formel des Kommunistischen Manifests auf, wonach die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden soll durch eine »Assoziation, worin die freie (Software-)Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie (Software-)Entwicklung aller ist«. Eine Zentrale Planung hat in dieser Community keinen Platz. Was hingegen in demokratisch legitimer Weise festgelegt werden müsste, sind Schnittstellen und Standards. Ganz anders die Gesundheitsversorgung. Die stationäre Versorgung der Bevölkerung wird sinnvollerweise zentral geplant, damit die teuren Ressourcen optimal genutzt werden. Zwar machen Elemente der Selbstverwaltung in Kliniken und Heimen sehr viel Sinn. Die Definition und Überprüfung des Leistungsumfanges und der Qualität müssen jedoch auch im Detail durch politische Prozesse definiert und durchgesetzt werden. Wir würden uns dagegen verwehren, wenn die Belegschaften eines jeden selbstverwalteten Krankenhauses selbst festlegen wollte, welche medizinischen und hygienischen Standards es einhält.

¹ Den mächtigen Konzernen, die sich innerhalb des US-Systems festgesetzt haben, ist es bislang gelungen, jede ernsthafte Reform der Gesundheitsversorgung zu Fall zu bringen. So wurde die Gesundheitsreform der Obama-Administration auf Druck dieser Lobby ihres zentralen Elementes beraubt, nämlich einer öffentlichen Krankenversicherung, die für alle hätte zugänglich sein sollen. Zudem verzichtet die Reform auf jede Preiskontrolle und wird deshalb zu einem zusätzlichen Kostenschub führen. Entsprechend skeptisch stehen fortschrittliche Organisationen der Reform gegenüber (z.B. die Physicians for a National Health Program, PNHP).

**Wir können mehr
ausrichten gegen die blinde
Zerstörungswut des Kapitalismus,
als wir denken.**

*Für den neoliberalen
Übervater Hayek ist
die Überwindung des
Kapitalismus eine
Anmaßung, für Ringger
ebenfalls. Doch während
Hayek vor dem „ver-
hängnisvollen“ Schritt
warnt, ruft Ringger
dazu auf.*

*Gefordert ist ein offener
Sozialismus, für dessen
Gelingen es keine
Garantien gibt und der
trotzdem gewagt werden
muss.*

2011 - 218 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-875-8



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Ossietsyky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietsyky – die Zeit-
schrift, die mit Ernst
und Witz das Konsens-
geschwafel der Berliner
Republik stört.
Informativ, knapp und
klar: Ossietsyky

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich:
Jahresabo/Geschenkabo
 25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo/Geschenkabo
 12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

 Vorname/Name

 Adresse

 Datum/Unterschrift

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Dietrich Kittner. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Verlag Ossietsyky GmbH
 Fax 0511 - 21 55 126 · ossietsyky@interdruck.net
 www.ossietsyky.net

In beiden Beispielen ist eine Struktur angedeutet, die von dem Schriftsteller und zeitweiligen Kommunisten Arthur Koestler (1905-1983) als »Holarchie« bezeichnet wird. In einer »Holarchie« haben Teilsysteme (z.B. Produktionsstätten, Kliniken, Universitäten etc.) die nötige Autonomie, um ihr Funktionieren selbst zu regulieren. Jedoch müssen sie einem übergeordneten Ganzen dienen, Schnittstellen zu anderen Teilsystemen beachten und einen möglichst offenen Austausch mit anderen gleichartigen Teilsystemen pflegen. In einer »Holarchie« werden Teil- und Gesamtaufgaben sowie globale und lokale Strukturen ineinander verzahnt, ohne dass jede Einzelheit von zentraler Warte aus geregelt werden muss. Ähnlich wie sich das menschliche Bewusstsein nicht um die Funktionen der einzelnen Körperorgane, ein Körperorgan sich nicht um das Funktionieren einzelner Körperzellen kümmern muss, müssen die zentralen gesellschaftlichen Aushandlungs- und Steuerungsprozesse von den Detailregelungen in den diversen gesellschaftlichen Teilsystemen entlastet werden, damit sie sich auf allgemeine Vorgaben und Zielsetzungen fokussieren können. Die von Hayek beschworene, von Menschenköpfen nicht mehr steuerbare Komplexität löst sich in einer solchen holarchisch-demokratischen Welt in eine dynamische Ordnung auf, in der die auf das menschliche Bewusstsein gründende demokratische Politik sehr wohl sinnvolle Entscheidungen treffen kann, und in der die demokratische Beteiligung der Menschen in den Teilsystemen, in denen sie leben und arbeiten, wesentlich zum optimalen Wirken des Gesamtsystems beiträgt.

Ganz im Gegensatz zu den Aussagen von Hayek dürfte eine holarchisch konfigurierte Demokratie, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckt (auch auf die im Kapitalismus als »wirtschaftlich« ausgesonderten), eine weitaus höhere »Systemintelligenz« erzeugen, als dies die marktwirtschaftliche Fiktion vermöchte – geschweige denn der von Monopolen und Oligopolen dominierte Realkapitalismus. Die Menschen würden in einer solch holarchisch-demokratischen Konfiguration in Nah- (z.B. Quartier, Stadt) und Spezialfeldern (z.B. Betrieben) hohen Einfluss nehmen und sich gleichzeitig an den übergeordneten Gesamtfragen beteiligen (z.B. via NGOs, Parteien, Bewegungen, in Wahlen und Abstimmungen). Von den Menschen anderer Lokalitäten und anderer Spezialfelder könnten sie die Einhaltung von Schnittstellen und Vereinbarungen erwarten, ohne mit der inneren Komplexität der jeweils anderen Teilsysteme konfrontiert zu werden. Die hohe Einflussnahme würde einhergehen mit einer hohen Bereitschaft des Engagements – alle entsprechenden Erfahrungen und Studien sprechen hier eine deutliche Sprache. Wenn Menschen auf ihre Lebensverhältnisse realen Einfluss nehmen können, dann steigt ihre Lebensenergie und ihre Motivation, sich für allgemeine Belange zu engagieren. Die Vitalität solcher holarchischen Demokratien ist in der jüngeren Geschichte immer wieder aufgeblitzt, insbesondere in den vielfältigen rätendemokratischen Bewegungen, von der Pariser Commune über die russischen Sowjets und die Räte in Ungarn 1956 bis zu den Consejos Comunales im heutigen Venezuela.

Dabei geht es nicht um romantische Harmonie – im Gegenteil. Was wir brauchen ist nicht eine konfliktfreie, sondern eine konfliktfreudige Gesellschaft. Konflikte sollen nicht gebannt werden, vielmehr sind sie Brennpunkte gesellschaftlicher In-

teressen, in denen hohe Energien für die Weiterentwicklung des Ganzen enthalten sind. Werden Wege gefunden, in denen sich alle beteiligten Konfliktpartner weiterentwickeln können, dann werden diese Energien produktiv freigesetzt – Energien, die zuvor in den Konflikt investiert wurden oder wegen der Blockierungen nicht zur Verfügung standen. Voraussetzung dafür ist eine Konfliktkultur, in der es nicht um Sieg und Niederlage geht, in der vielmehr unerschütterlich an den Bedürfnissen aller Beteiligten festgehalten wird. Verhandelt wird nicht über die Bedürfnisse, sondern über die Wege zu ihrer Befriedigung. Und in der Regel finden sich Wege, die allen Konfliktparteien ein echtes Vorankommen ermöglichen.

Dies wird in einer Gesellschaft erheblich erschwert, die auf der Herrschaft einer sozialen Klasse über die anderen Klassen, auf der Herrschaft der Wenigen über die Vielen gründet.

Die Gegensätze tendieren dann zur Unvereinbarkeit. Die Beherrschten und Ausgebeuteten können sich nur dann Geltung verschaffen, wenn sie kämpfen, während die Herrschenden befürchten müssen, ihrer Herrschaft beraubt zu werden. Die vielen Konfliktlinien, die es unterhalb der Beherrschten selbstverständlich auch noch gibt, sind von den Klassegegensätzen durchtränkt und werden für die Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse gebraucht (Teile und Herrsche). Rassismus und Fremdenfeindlichkeit etwa finden im grundlegenden Dispositiv der kapitalistischen Konkurrenz immer wieder von Neuem Nahrung. Die Lösung der Probleme wird unter den Beherrschten im Konkurrenzvorteil gegenüber den Anderen gesucht, statt in der Überwindung der Herrschaftsverhältnisse.

Im Kapitalismus werden also die verschiedensten gesellschaftlichen Interessengegensätze und Konflikte durch den ökonomischen Kernwiderspruch von Arbeit und Kapital absorbiert, verzerrt – gleichzeitig aber auch gebannt. Scheinbar »objektive« Gegebenheiten (z.B. die globale Konkurrenz) verhindern, dass soziale und ökologische Anliegen Beachtung finden. Wird diese zentrale Prägung der Gesellschaft durch das Kapital überwunden, dann heißt das noch nicht, dass die Gegensätze zwischen reichen und armen Weltregionen, zwischen den Geschlechtern, zwischen den Beschäftigten verschiedener Wirtschaftsbranchen, zwischen Konsumwünschen und Naturerhaltung verschwinden. Sie werden lediglich von der blockierenden Last scheinbar objektiver Unlösbarkeit befreit. Das bedeutet aber auch, dass nun die Erwartungen der bisher Benachteiligten erheblich steigen, dass ihre Anliegen nun erfüllt werden können. Umso bedeutender ist eine Kultur des produktiven Umgangs mit Konflikten, die auf einer breit abgestützten Anerkennung der universellen Menschenrechte basiert. Gelingt es nicht, eine solche Kultur zu etablieren, dann können sich die Konfliktpotenziale auch in postkapitalistischen Verhältnissen destruktiv und gewalttätig entladen.

Eine produktive Konfliktkultur setzt allerdings voraus, dass genügend Ressourcen verfügbar sind, um auf die existenziellen Bedürfnisse aller einzugehen. Ist das nackte Überleben bedroht,

dann sind fatale Konfrontationen um die zu knappen Ressourcen nur schwer zu vermeiden. Dies war das zentrale Handicap der wichtigsten sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts: Sie fanden in materiell schwierigen Umständen statt und waren durch Krieg und Bürgerkrieg zusätzlich belastet. Insgesamt ist unsere Welt jedoch längst genügend reich geworden, um allen Menschen eine würdige Existenz gewähren zu können. Die materiellen Bedingungen für den Aufbruch in eine umfassende Demokratie sind verfügbar.

Ein Kompass für transformatorische Politik

Es ist nicht in erster Linie der Wille zur Überwindung des Kapitalismus, es ist vielmehr die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus selbst, die dafür sorgt, dass die Ketten der Herrschaft immer wieder brüchig werden.

In solchen Übergängen kann eine Linke, die die Überwindung des Kapitalismus anstrebt, unvermittelt in die Zentren der gesellschaftlichen Prozesse katalysiert werden. Dies geschieht zwar nicht voraussetzungslos: Ohne ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Verankerung wird es nicht gelingen, zum Kristallisationspunkt einer möglichen Transformation zu werden.

Doch das aktuelle Beispiel der radikalen griechischen Linken mit ihrem Wahlbündnis Syriza veranschaulicht die geschilderte Dynamik.

Veränderungsträchtige Situationen sind in aller Regel von vielen Überraschungsmomenten gezeichnet. Dies ist nur schon deshalb so, weil die herrschenden Eliten ständig mit der Abwehr von verändernden Kräften beschäftigt sind und ihre Abwehr dann schlecht funktioniert, wenn sie überrumpelt werden. Überrascht wird dabei aber meist auch die Linke, die sich nun als wach und lernbereit erweisen muss, wenn sie eine Rolle spielen will. Deshalb ist beides gleichermaßen wichtig: Eine gut verankerte politische Grundorientierung und gleichzeitig die Fähigkeit, flexibel auf neue Konstellationen zu reagieren. Die erforderliche Grundorientierung trägt deshalb eher den Charakter eines Kompasses als denjenigen eines fixen Programms. Wer zur Unzeit fixe revolutionäre Programme schustert, dem droht das Schicksal der Erstarrung in einer Sekte.

Ein Beispiel: Der Euro war zweifellos Ausdruck eines neoliberalen europäischen Projektes – seine Ablehnung schien – gerade in Griechenland – für viele folgerichtig. Doch ist eine Währung einmal eingeführt, dann ändert sich die Konstellation. Gerade das Festhalten am Euro ist für Syriza zu einem wichtigen Programmpunkt geworden – ein Festhalten allerdings ohne die Unterwerfung unter das Diktat der Troika und der Finanzmärkte. Auch wenn eine solche Position vom bürgerlichen Mainstream als undiskutabel hingestellt wird: Angesichts der enormen Risiken, die mit einem Aufbrechen des Euro-Raums verbunden sind, würde eine entschlossen auftretende Syriza-Regierung einige Erfolge erzielen können.

»Wenn Menschen auf ihre Lebensverhältnisse realen Einfluss nehmen können, steigt ihre Lebensenergie und ihre Motivation, sich für allgemeine Belange zu engagieren.«

Unabhängigkeit von den Herrschenden, Universalität der Menschenrechte

Als Kompass für eine politische Praxis, die die Perspektive einer Transformation einschließt und fördert, schlage ich drei politische Grundorientierungen vor: *Erstens* die Unteilbarkeit der Menschenrechte: Jeder Mensch hat denselben Anspruch auf ein würdiges Leben. *Zweitens* die inhaltliche und organisatorische Unabhängigkeit von Bewegungen und linken Organisationen von den Institutionen der Herrschaft. *Drittens* die Bereitschaft, sich mit den herrschenden Eliten zu konfrontieren, wenn dies erforderlich ist.

Herrschaft drückt sich nicht nur in struktureller oder brachialer Gewalt aus, sondern auch in der Logik des täglichen Geschehens. Sozial fortschrittliche Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs müssen sich dieser Logik widersetzen können. Eine Unterwerfung unter die Logik hingegen würde nicht nur das transformatorische Potenzial zerstören, das jeder Bewegung potenziell innewohnt, es würde vielmehr auch die Bewegung selbst schwächen – und dies selbst dann, wenn sich diese Bewegung keineswegs als antikapitalistisch versteht.

Das Kernanliegen einer Gewerkschaft ist die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen. Dieses Anliegen – faire Arbeitsbedingungen, gute Löhne und die Wahrung der Würde am Arbeitsplatz – hat seine Gültigkeit völlig unabhängig davon, in welcher Verfassung sich das unternehmerische und wirtschaftliche Umfeld befindet; es hat seine eigene, unabhängige Wertigkeit. Nun ist es keine triviale Aufgabe, diese Unabhängigkeit vorbehaltlos zu wahren und gleichzeitig den realen Kräfteverhältnissen angemessen Rechnung zu tragen. Doch nur aus einer solchen Haltung heraus kann jeweils in jedem konkreten Moment am besten ermittelt werden, wie die Interessen der abhängig Beschäftigten zu wahren sind. Natürlich sind dabei die jeweiligen Umstände zu berücksichtigen – es geht hier in keiner Weise darum, immer möglichst radikale Forderungen zu stellen. Natürlich müssen dabei auch die strukturellen und konjunkturellen Bedingungen beachtet werden, in denen sich eine Branche oder ein Unternehmen befinden.

Es besteht allerdings ein grundlegender Unterschied darin, ob diese Bedingungen angemessen berücksichtigt werden, oder ob sich Lohnabhängige und Gewerkschaften diesen Bedingungen unterwerfen. Im zweiten Fall wird das Bündnis mit der eigenen Unternehmensleitung, den Unternehmensverbänden der eigenen Branche oder dem nationalen Bürgertum gesucht – gegen die Lohnabhängigen anderer Unternehmen, Branchen oder Länder. Dies läuft auf eine mehrfache Selbstentwaffnung hinaus. Denn nun wird es generell erheblich schwieriger, den Appellen der Unternehmerseite standzuhalten, man müsse Maß halten, die Löhne seien nicht mehr konkurrenzfähig, Entlassungen seien unvermeidlich, um die restlichen Arbeitsplätze zu retten, und dergleichen mehr. Spaltungen werden erleichtert, und dies schwächt die Fähigkeit, über Betriebe, Branchen- und Staatsgrenzen hinaus solidarische Energien zu mobilisieren.

Doch fast jeder Arbeitskampf wird auch auf dem Feld der Reaktionen in der Gesellschaft entschieden – die Fähigkeit zur übergreifenden Solidarität ist eine der wichtigsten Waffen zur Sicherung der eigenen Interessen. Weiter lähmt die Unterwer-



Karikatur: Economist

fung auch bei der Suche nach Lösungen außerhalb der herrschenden Logik – zum Beispiel in der Forderung nach einer Verstaatlichung der Firma oder nach einer Konversion der Produktlinien.

Konfrontationsbereitschaft

Zum Aspekt der Unabhängigkeit gehört auch die Einsicht, dass nur dann, wenn sich Menschen für ihre Anliegen mobilisieren, die Kräfteverhältnisse maßgebend verändert werden können. Dies führt zum Kriterium der Konfrontationsbereitschaft.

Als im Winter 2009/2010 die »Finanzmärkte« dazu ansetzten, Griechenland in die Mangel zu nehmen und für die Refinanzierung der Staatspapiere untragbar hohe Zinsen zu fordern, hätte sich die »sozialistische« Regierung unter Papandreu mit diesen Finanzmarktakteuren konfrontieren müssen. Die Ansage hätte lauten müssen: Wir werden es sicher nicht zulassen, dass Hedge Fonds und Banken – die gerade eben noch mit Steuergeldern vor dem Kollaps gerettet worden waren – die Zinssätze griechischer Staatspapiere in spekulative Höhen treiben und damit Profite mit griechischen Steuergeldern machen. Entweder sind die Banken bereit, griechische Staatspapiere zu einem tragbaren Zins – z.B. 3% – zu refinanzieren, oder die Regierung verlängert einseitig die Laufzeit dieser Papiere zum bisherigen – tiefen – Zinssatz. Und ja: Wir müssen mehr Steuereinnahmen erzielen. Wir werden darum die Reichen und die Konzerne zur Kasse bitten. Dies geht umso leichter, wenn die Steueroasen dieser Welt geschlossen werden. Von der Schweiz z.B. fordern wir eine enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht.

Eine solche Ansage hätte die Konfrontation mit den Finanzmärkten und einem Teil der EU-Eliten bedeutet, und es hätte erforderlich gemacht, die Bevölkerung Griechenlands zu mobilisieren und den Schulterschluss mit anderen fortschrittlichen Kräften Europas (z.B. Gewerkschaften) zu suchen. Eine solche Mobilisierung hätte sehr wohl Aussicht auf Erfolg gehabt, unter anderem weil die Banken damals noch so Einiges zu verlieren ge-

habt hätten für den Fall, dass Griechenland in den Konkurs getrieben worden wäre (mittlerweile haben sie ihre Schäfchen ins Trockene gebracht und die Risiken auf die Staaten abgewälzt). Stattdessen entschied sich Papandreou dafür, Griechenland den Finanzmarktakteuren zu unterwerfen. Innerhalb von Monaten musste das Land an den Tropf der Troika aus EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank, die ihm in bekannter Manier eine verheerende Austeritätspolitik aufgezwungen hat.

Wenn sich wie in Griechenland oder Spanien die sozialen Auseinandersetzungen zuspitzen, wird die Frage umso brennender, ob sich die oppositionellen Kräfte der Konfrontation stellen, oder ob sie sich unterwerfen. Der Weg der Konfrontation ist risikobehaftet: Gegenschläge, ja auch eine umfassende Niederlage können nicht ausgeschlossen werden. Doch eine Linke, die in entscheidenden Momenten kapituliert, gibt den Weg frei für das ungehinderte Walten der Logik des Kapitals – in der Regel keine erfreuliche Option.

Welche Dynamik in Gang kommen kann, wenn die Konfrontation riskiert wird, zeigt die boliviarische Revolution in Venezuela. Auch hier war der konfrontative Weg, den die Regierung Chávez gewählt hatte, mit erheblichen Risiken behaftet: Im April 2002 kam es zu einem Putsch, den Chavez und der boliviarische Proceso nur dank der spontanen Mobilisierung der gut vernetzten Volksmassen aus den armen Quartieren (Barrios) und dank der Spaltung der Armee überlebt haben. Die lateinamerikanische Linke ist in den letzten Jahren denn auch vor Rückschlägen nicht verschont worden (Putschs in Honduras und Paraguay). In den Ländern, in denen genügend mobilisierende Kräfte aus der Bevölkerung freigelegt worden sind (Venezuela, Bolivien, Ecuador), ist es den imperialen Kräften bis heute jedoch nicht gelungen, die Bewegungen und die Linke zu zerschlagen.

In keinem anderen Land der Welt haben diese Bewegungen einen so dauerhaften und prägenden Einfluss erlangt wie in Venezuela. Die Consejos Comunales, die Räte in den Barrios, koordinieren die verschiedenen sozialen Programme (Misiones) in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Sie bieten den Rahmen für eigene Initiativen und erlauben es der Bevölkerung, die konkreten Lebensumstände in die eigenen Hände zu nehmen. Die Consejos werden nicht von oben verordnet, sie

müssen sich vielmehr aus der Bevölkerung selbst bilden, wobei Mindestanforderungen für die Repräsentativität gelten. Im ganzen Land gibt es mittlerweile rund 30.000 Consejos. Sie haben damit begonnen,

»Die Überwindung des Kapitalismus würde zum Beginn einer neuen historischen Erzählung. Wie letztere ausfällt, muss offen bleiben.«

sich zu übergreifenden Strukturen zusammenschließen und damit die Basis für eine neue Form der Staatlichkeit zu bilden, jenseits des von Korruption zersetzten traditionellen Staatsapparates. Diese Prozesse verlaufen keineswegs konfliktfrei. Doch hält das Engagement breiter Bevölkerungsteile nunmehr seit Jahren an, ohne sich abzunutzen. In dieser Breite und in dieser Dauer ist das historisch eine erstmalige Erfahrung. Zwar ist es alles andere als gewiss, dass die Konsolidierung im insgesamt doch reichlich isolierten Venezuela gelingt.

Trotzdem nährt die boliviarische Revolution die Hoffnung, dass sich die Anmaßung gegen die Herrschaft des Kapitals, gegen die Herrschaft der Menschen über die Menschen letztlich durchzusetzen vermag. Der Kapitalismus wäre dann nicht das Ende der Geschichte, vielmehr das Ende der Vorgeschichte (Marx). Seine Überwindung würde zum Beginn einer neuen historischen Erzählung. Wie diese Erzählung ausfällt, muss offen bleiben. Doch erfüllt die Linke in historischer Perspektive nur dann ihren Sinn, wenn es ihr gelingt, der Anmaßung der Menschheit wider die blinde Fortsetzung von Klassenherrschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

LUXEMBURG 4
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2012

REPRODUKTION IN DER KRISE Sorgearbeit neoliberal | Outsourcing unseres Intimlebens | Erschöpfung des Sozialen | Demographisierung der Familienpolitik | Plan B feministisch | Kotti & Co | Von der Hausfrau zur Leihmutter | Reproduktionskrise queer

AUSSERDEM Strategische Optionen für die LINKE | Südafrika nach dem Massaker von Marikana | Studentenproteste in Chile | Hobsbawm und das 20. Jahrhundert | uv.m.

MIT BEITRÄGEN VON Silvia Federici | Melinda Cooper | Christa Wichterich | Gabriele Winker | Arlie Hochschild | Nancy Fraser | Shirin Rai | Christine Kriegerowski | Cornelia Möhring | Horst Kahrs | Vishwas Satgar | Isabell Lorey | Susanne Schultz u.a.

Dezember 2012, VSA: Verlag, luxemburg@vsa-verlag.de, www.zeteschritt-luxemburg.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

